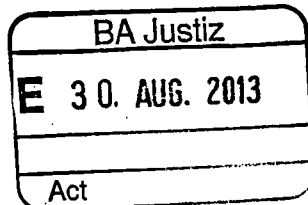


Postadresse:  
Regierungsrat des Kantons Aargau  
Regierungsgebäude  
5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40  
Fax 062 835 12 50  
E-Mail [regierungsrat@ag.ch](mailto:regierungsrat@ag.ch)



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Aarau, 28. August 2013

## **Revision des Korruptionsstrafrechts; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 sind die Kantone eingeladen worden, zur Revision des Korruptionsstrafrechts Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

### **1. Allgemeines**

Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterstützt die Anstrengungen des Bundes zur weiteren Verbesserung der Korruptionsbekämpfung, vor allem im Bereich der Privatbestechung und durch eine Lückenfüllung bei der Bestechung von Amtsträgern. Dabei wird die Auffassung geteilt, dass Lücken in diesem Bereich dem internationalen Ansehen der Schweiz schaden und sich im internationalen wirtschaftlichen Standortwettbewerb negativ auswirken könnten.

Von besonderer Bedeutung ist sodann, dass zahlreiche wichtige internationale Sportverbände ihren Sitz in der Schweiz haben, welche verschiedentlich von Korruptionsvorwürfen betroffen waren, ohne dass im Inland eine Handhabe dagegen ersichtlich war.

## 2. Privatbestechung

Hinderlich zu Ahndung der Privatbestechung erwiesen sich vor allem das bisherige Strafantragserfordernis und die Einordnung der Strafbestimmungen in das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG; SR 241). Die geplanten Änderungen – Ausgestaltung als Officialdelikt und Einordnung der Strafbestimmungen ins Strafgesetzbuch – werden deshalb ausdrücklich unterstützt.

Mit der Regelung als Officialdelikt kann dem Umstand Rechnung getragen werden, dass die Privatbestechung grundsätzlich nicht hinnehmbar ist und eine konsequente Verfolgung damit im Interesse der Gesellschaft als Ganzes liegt, wobei sie beispielsweise auch der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit schaden kann, wenn in diesen Bereichen korrupte Geschäfte abgeschlossen werden.

Aufgrund der bisherigen Einordnung der Strafbestimmungen ins Wettbewerbsrecht ist eine Ahndung der Privatbestechung sodann nur möglich, wenn ein Wettbewerb unzulässig beeinflusst wird, wenn also das korrumpierende Verhalten im Hinblick auf ein zukünftiges Geschäft erfolgt, nicht aber, wenn es nach Geschäftsabschluss erfolgt und erst die Abwicklungsmodalitäten oder Gewährleistungsansprüche betrifft.

An einem wirtschaftlichen Wettbewerbsverhältnis im Sinne des UWG fehlt es sodann regelmässig bei der Vergabe von sportlichen Grossanlässen, wie olympischen Spielen oder Fussballweltmeisterschaften, weil die dafür konkurrierenden Kandidatenorte und Kandidatenländer nicht in einem geschäftlichen Konkurrenzverhältnis im Rechtssinn stehen, wobei gleiches auch für Konkurrenten um die Besetzung von oft lukrativen und Macht verheissenden leitenden Funktionen in solchen Verbänden gelten muss. Dementsprechend erscheint die Loslösung der Strafbestimmungen zur Ahndung der Privatbestechung aus dem Wettbewerbsrecht und ihre Überführung ins Strafgesetzbuch folgerichtig und zwingend.

Um die Anwendung der Bestimmungen nicht übermässig auszuweiten, sieht der Gesetzentwurf in den Art. 322<sup>octies</sup> und 322<sup>novies</sup> richtigerweise eine strafrechtliche Ahndung nur vor, wenn sich das korrumpierende Verhalten auf die geschäftliche oder dienstliche Tätigkeit der zu bestechenden Person bezieht, gemäss den Erläuterungen (Seite 10) also auf eine voll- oder teilzeitlich entlohnte Tätigkeit, während ehrenamtliche Tätigkeiten nicht erfasst sind.

Entgegen den Ausführungen der bundesrätlichen Erläuterungen (am angeführten Ort) dürfte hier allerdings bei der Bekämpfung der Korruption in internationalen Sportverbänden eine grössere Strafbarkeitslücke weiterbestehen, indem Delegierte kleinerer nationaler Sportverbände, welche wichtige Vergaben und Wahlen möglicherweise entscheiden können, nicht selten in formell oder tatsächlich ehrenamtlicher Funktion tätig sind und sich korrumpierendes Verhalten künftig auf solche fokussieren könnte. Diese Lücke muss aber wohl im Interesse einer vernünftigen Begrenzung der Strafbarkeit im Wirtschaftsleben hingenommen werden.

### 3. Bestechung von Amtsträgern

Richtigerweise will der bundesrätliche Entwurf bei den Tatbeständen der Vorteilsgewährung (Art. 322<sup>quinquies</sup>) und der Vorteilsannahme (Art. 322<sup>sexies</sup>) die Strafbarkeit auf die Gewährung oder Annahme von nicht gebührenden Vorteilen ausdehnen, welche nicht der zu bestechenden Person, sondern Dritten zukommen sollen.

Dieses Ansinnen, welches sachlich gerechtfertigt und aufgrund internationaler Verpflichtungen geboten ist, wird selbstverständlich unterstützt.

### 4. Weitere Anliegen

Schliesslich werden auch die weiteren vom Bundesrat diskutierten Anliegen im Sinne des Gesetzesentwurfs beziehungsweise von Ziffer 1.3 der Erläuterungen unterstützt, also der Verzicht auf einen besonderen Straftatbestand der missbräuchlichen Einflussnahme, der Verzicht auf die Ausdehnung der Strafbarkeit der Bestechung ausländischer Amtsträger im Hinblick auf Handlungen in Übereinstimmung mit ihrer Amtspflicht, der Verzicht auf die Aufhebung der Voraussetzung der beidseitigen Strafbarkeit bei Auslandstaten sowie der Verzicht auf eine kumulative strafrechtliche Verantwortlichkeit der Unternehmen bei passiver Bestechung.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer ausgezeichneten Hochachtung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATS

Landammann:

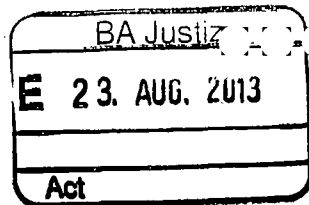
  
Alex Hürzeler

Staatschreiber:

  
Dr. Peter Grünenfelder

Kopie an:

– olivier.gonin@bj.admin.ch



KANTON  
APPENZEL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 25  
Telefax +41 71 788 93 39  
karin.rusch@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Appenzell, 22. August 2013

### Revision des Korruptionsstrafrechts Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Fristgerecht nehmen wir zur Vorlage betreffend Revision des Korruptionsstrafrechts wie folgt Stellung:

Die Vorlage wird grundsätzlich begrüsst. Abgelehnt wird die Umgestaltung der privaten Bestechung von einem Antrags- in ein Officialdelikt. Der blosse Umstand, dass im Zusammenhang mit in der Schweiz ansässigen internationalen Organisationen zuweilen Korruptionsvorwürfe geäussert werden, rechtfertigt es nicht, die private Bestechung generell als Officialdelikt auszugestalten. Wenn schon, ist für die Überführung des Tatbestands der privaten Bestechung vom UWG ins StGB zu plädieren, jedoch unter Beibehaltung der Ausgestaltung als Antragsdelikt.

Wir sind der Auffassung, dass den privaten Parteien diese Möglichkeit nicht genommen werden soll, indem die private Bestechung zu einem Officialdelikt umgestaltet wird.

Es ist nicht damit zu rechnen, dass der Wegfall des Antragserfordernisses zu einem markanten Anstieg der zu beurteilenden Fälle führen wird. Die Voraussetzung des Strafantrags für die Strafverfolgungsbehörden stellt keine hohe Hürde dar und erschöpft sich im Wesentlichen im Anbringen einer Unterschrift auf einem Formular. Das Fehlen von Verurteilungen mit dem heute bestehenden Strafantragserfordernis zu begründen, überzeugt nicht. Die Erfahrung aus der Praxis zeigt, dass Unternehmer, die von Mitarbeitern hintergangen wurden, dieses Verhalten als massiven Vertrauensmissbrauch empfinden und folglich grossmehrheitlich eine Verurteilung der Fehlbaren mit grosser Vehemenz anstreben. Sie lassen sich kaum durch das Erfordernis eines Strafantrags von einer Strafverfolgung abbringen, es sei denn, die Beteiligten hätten sich miteinander über die Konsequenzen des Fehlverhaltens verständigt. Vielmehr dürften folglich die fehlenden Verurteilungen im Bereich der privaten Bestechung darauf zurückzuführen sein, dass es in den Fällen, in denen die private Bestechung entdeckt wurde, zu einer Einigung unter den involvierten privaten Parteien gekommen ist.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

*Zur Kenntnis an:*

olivier.gonin@bj.admin.ch

Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell

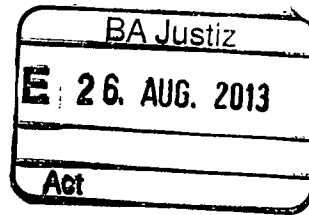
Ständerat Ivo Bischofberger, Ackerweg 4, 9413 Oberegg

Nationalrat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern



**Roger Nobs**  
Ratschreiber  
Tel. 071 353 63 51  
Roger.Nobs@ar.ch

Herisau, 23. August 2013 / RS

**Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes (Revision des Korruptionsstrafrechts)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement eingeladen, sich zur eingangs erwähnten Vorlage bis zum 5. September 2013 vernehmen zu lassen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

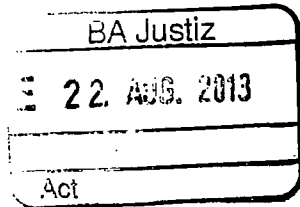
Die in den Jahren 2000 und 2006 eingeführten Bestechungsstrafnormen haben sich im Grossen und Ganzen bewährt. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Verbesserungen des Systems der Korruptionsbekämpfung sind jedoch angesichts der Entwicklungen der letzten Jahre erforderlich. Mit der Vorlage werden Lücken geschlossen, was vom Regierungsrat begrüsst wird.

Im Weiteren wird auf eine detaillierte Stellungnahme verzichtet. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

  
Roger Nobs, Ratschreiber



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

1104

Bern, 21. August 2013 JGK C

### Revision des Korruptionsstrafrechts

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die uns eingeräumte Gelegenheit, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu können, bedanken wir uns. Der Kanton Bern stimmt der vorgeschlagenen Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zu.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Neubauer'.

Der Staatsschreiber:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Buser'.



# DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT

Eidgenössisches  
Justiz- und Polizeidepartement  
3003 Bern

## **Vernehmlassung zur Revision des Korruptionsstrafrechts**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft unterstützt die Bestrebungen auf Bundesebene, mit der unterbreiteten Strafrechtsrevision die Bestechung im privaten Sektor in Zukunft wirksamer zu bekämpfen.

In diesem Sinne befürworten wir den Vorschlag, den heutigen Straftatbestand der Privatbestechung<sup>1</sup> aus dem Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) herauszulösen und ihn so von der bisherigen Strafbarkeitsvoraussetzung der wettbewerbsverzerrenden Wirkung der Bestechungshandlung zu entkoppeln. Diese Strafbarkeitsvoraussetzung lässt sich – wenn überhaupt – nur äusserst schwierig nachweisen. Aus unserer Sicht ist es auch sachgerecht, die bisher als Antragsdelikt ausgestaltete Privatbestechung neu als Officialdelikt im Schweizerischen Strafgesetzbuch (StGB) zu regeln, so dass diese wirtschaftlich und gesellschaftlich schädigenden Handlungen in Zukunft von Amtes verfolgt werden können.

Wir begrüssen es, dass mit der vorgeschlagenen Revision des Korruptionsstrafrechts die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte in Zukunft von Amtes wegen auch Bestechungshandlungen untersuchen respektive ahnden können, die in Bereichen stattfinden, in denen keine klassische Konkurrenzsituation besteht. Wie in der Vernehmlassungsvorlage ausgeführt wird, zählt dazu beispielsweise auch die Vergabe grosser Sportanlässe. Wir teilen die Ansicht des Bundesrats, dass eine konsequente Verfolgung der Privatbestechung im Interesse der Gesamtbevölkerung liegt, da sie ausser der Volkswirtschaft etwa auch der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit schaden kann, falls in diesen Bereichen korrupte Geschäfte abgeschlossen werden.

---

<sup>1</sup> Artikel 4a in Verbindung mit Artikel 23 UWG



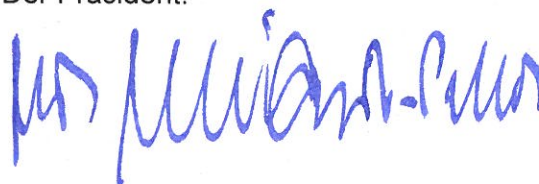
Der zusätzlich vorgeschlagenen Präzisierung im Bereich der Bestechung von Amtsträgern stimmen wir ebenfalls zu. Wir pflichten dem Bundesrat bei, dass jedes korrupte Verhalten strafbar sein muss, nicht nur, wenn das Bestechungsgeld dem Amtsträger oder der Amtsträgerin selbst zufließt, sondern – wie nun ergänzend vorgeschlagen wird – auch dann, wenn eine Drittperson das Bestechungsgeld erhält. Nur so lässt sich jede mögliche Einflussnahme auf Amtshandlungen wirksam unterbinden.

Schliesslich regen wir zum Buchstaben b in Artikel 322<sup>decies</sup> Absatz 1 des StGB-Revisionsentwurfs noch Folgendes an: Gemäss dieser Entwurfsbestimmung soll die Verschaffung respektive die Annahme "geringfügiger, sozial üblicher Vorteile" nicht als unzulässige Bestechung gelten und somit straflos sein. Allerdings wird aufgrund der bloss sehr marginalen Erläuterungen zu dieser Revisionsbestimmung nicht klar, was mit dem unbestimmten Rechtsbegriff der "geringfügigen, sozial üblichen Vorteile" konkret gemeint ist. Auch wenn uns bewusst ist, dass es sich um die Übernahme einer bisherigen Regelung des UWG handelt, sind wir dennoch der Meinung, dass der Sinn und Zweck dieser Revisionsbestimmung ausführlicher als jetzt darzulegen ist. Insbesondere wäre hilfreich, wenn anhand von Beispielen präzisiert werden könnte, nach welchen Kriterien zu beurteilen ist, ob ein "geringfügiger, sozial üblicher Vorteil" vorliegt oder nicht. Dies erleichtert nicht nur die Rechtsanwendung, sondern kann zum Vornherein mögliche Rechtsunsicherheiten vermeiden.

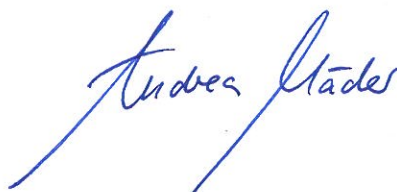
Abschliessend hoffen wir, Ihnen mit unseren Bemerkungen dienen zu können, und bedanken uns nochmals für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung.

Liestal, 3. September 2013

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrats  
Der Präsident:



Der 2. Landschreiberin:





Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel.: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Per Mail an:  
olivier.gonin@bj.admin.ch

Basel, 28. August 2013

### **Regierungsratsbeschluss vom 27. August 2013**

#### **Revision des Korruptionsstrafrechts: Vernehmlassungsantwort des Kantons Basel-Stadt**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 von Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga wurde dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt die Revision des Korruptionsstrafrechts (Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzbuches) zur Vernehmlassung unterbreitet. Gerne übermitteln wir Ihnen nachfolgend unsere Stellungnahme:

Gestützt auf das Zivilrecht können Opfer von Privatbestechung heute privatrechtliche Massnahmen ergreifen. Darunter fallen insbesondere verschiedene Klagemöglichkeiten gestützt auf das Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG). Art. 9 UWG sieht verschiedene Klagemöglichkeiten vor, wenn jemand durch unlauteren Wettbewerb in seiner Kundschaft, seinem Kredit oder beruflichen Ansehen, in seinem Geschäftsbetrieb oder sonst in seinen wirtschaftlichen Interessen bedroht oder verletzt wird. Es kann vor Gericht beantragt werden, dass eine drohende Verletzung verboten wird (Art. 9 Abs. 1 lit. a UWG) oder eine bestehende Verletzung beseitigt wird (Art. 9 Abs. 1 lit. b UWG). Des Weiteren kann die Widerrechtlichkeit einer Verletzung richterlich festgestellt werden, wenn sich diese weiterhin störend auswirkt (Art. 9 Abs. 1 lit. c UWG). Ebenso ist es möglich, dass eine Berichtigung oder das Urteil Dritten mitgeteilt oder veröffentlicht wird (Art. 9 Abs. 2 UWG). Dieser letzte Punkt stellt ein beträchtliches Reputationsrisiko dar und kann zu einem Reputationsschaden führen. Ausserdem wird damit generalpräventiven Überlegungen Rechnung getragen und das Vertrauen der Gesellschaft in die Rechtsordnung gestärkt. Des Weiteren wird die Gesellschaft davon abgeschreckt, ebenfalls eine Privatbestechung zu begehen, indem ihr ins Bewusstsein gerufen wird, welche Folgen dies haben kann. Daneben stehen dem Bestechungsopfer auch die Klagen nach Massgabe des Obligationenrechts zur Verfügung. So kann auf Schadenersatz aus unerlaubter Handlung gemäss Art. 41 OR oder aber auch auf Herausgabe des Gewinns aus der Geschäftsführung ohne Auftrag nach Art. 423 OR geklagt werden. Ausserdem sind auch sämtliche allgemeinen Normen des Strafrechts anwendbar. So kann im Rahmen einer Privatbestechung beispielsweise eine damit verbundene Urkundenfälschung oder ein damit einhergehender Betrug strafrechtlich verfolgt werden. Hierbei handelt es sich um Officialdelikte.

Der Umstand, dass die Privatbestechung einerseits ein Antragsdelikt ist und andererseits mit dem Begriff des unlauteren Wettbewerbs im Sinne des UWG verknüpft ist, erscheint angemessen. Es

liegt im Ermessen des Opfers, ob es die erfolgte Privatbestechung zur Anzeige bringen will. Fühlt sich der oder die Betroffene nicht derart berührt, dass er oder sie die Privatbestechung anzeigen will, so ist dies anzuerkennen. In einem solchen Fall liegt auch kein genügendes Verfolgungsinteresse des Staates vor. Aus dem Umstand, dass es seit der Einführung der Bestimmung im UWG vor mehr als sechs Jahren noch nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, ist nicht zu schliessen, dass die Voraussetzung des Strafantrags eine zu hohe Hürde darstellt. Vielmehr lag es in den bisherigen Fällen der Privatbestechung offensichtlich nicht im Interesse der Opfer, die Privatbestechung zur Anzeige zu bringen.

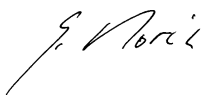
Der Kanton Basel-Stadt ist deshalb der Ansicht, dass die Privatbestechung in der Schweiz keine derart zentrale Problematik darstellt, die einer Neuregelung im Strafgesetzbuch bedarf. Es erscheint zweifelhaft, ob die Strafbarkeit der Privatbestechung gemäss Revisionsvorlage – namentlich die Ausgestaltung als Officialdelikt – den gewünschten Effekt haben wird.

Demgegenüber ist die Ergänzung der bereits bestehenden Bestechung von Amtsträgern um Fälle, in denen der nicht gebührende Vorteil an einen Dritten geht, zu begrüssen.

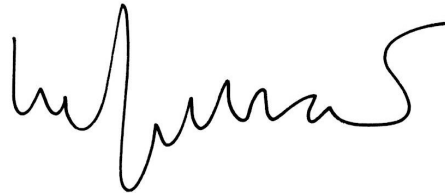
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüssen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Marco Greiner  
Vizestaatsschreiber



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Bern

*Fribourg, le 3 septembre 2013*

**Prise de position dans le cadre de la procédure de consultation relative à la révision des dispositions pénales incriminant la corruption**

Madame la Conseillère fédérale

Vous nous avez consultés par lettre du 15 mai 2013 dans le cadre de la procédure de consultation citée en titre.

Nous avons l'honneur de vous transmettre notre détermination sur cet objet et vous indiquons que nous sommes favorables aux propositions de l'Office fédéral de la justice.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'assurance de notre plus haute considération.

**Au nom du Conseil d'Etat :**

*AC Demierre*  
Anne-Claude Demierre  
Présidente



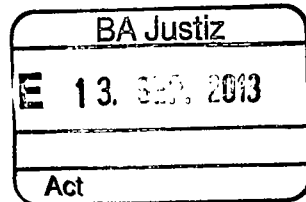
*Danielle Gagnaux*  
Danielle Gagnaux  
Chancelière d'Etat



Genève, le 11 septembre 2013

**Le Conseil d'Etat**

6389-2013



Département fédéral de justice et police  
Madame  
Simonetta SOMMARUGA  
Conseillère fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

**Concerne : Procédure de consultation – révision des dispositions pénales incriminant la corruption**

Madame la Conseillère fédérale,

Notre Conseil a pris connaissance du projet de révision cité en référence. Il le salue et vous remercie de l'avoir consulté.

Il paraît tout d'abord important que la corruption privée puisse être poursuivie *d'office*. Il est rare qu'une entité privée ayant participé à des actes de corruption dépose plainte pénale. De ce fait, la découverte et la poursuite de cette infraction sont extrêmement rares.

La proposition de constituer une infraction *autonome* dans le code pénal est également positive, car elle permettra à l'avenir de poursuivre des actes de corruption privée ne s'étant pas déroulés uniquement dans un cadre de concurrence déloyale.

D'après le rapport explicatif, la peine encourue de 3 ans prévue dans l'avant-projet est justifiée par le degré de gravité moindre de l'infraction par rapport à la corruption d'agents publics, qui prévoit une peine menacée de 5 ans (cf. art. 322 ter et 322 quater CP).

Malgré cela, compte tenu de l'importance de la place financière suisse, il apparaît important de prévoir une peine privative de liberté de 5 ans afin d'en faire une infraction préalable au blanchiment d'argent (art. 305 CP). A défaut, les revenus issus d'un acte de corruption privée à l'étranger ne pourraient être saisis en Suisse en cas d'absence de demande d'entraide étrangère, ce qui ne manquerait pas de nuire à l'efficacité de la poursuite pénale et à l'image de la place financière suisse. En outre, si la corruption privée est un délit et non un crime, les intermédiaires financiers ne seront pas tenus de signaler les cas suspects au MROS (Money Laundering Reporting Office-Switzerland).

Afin de respecter la pondération des peines entre la corruption privée et la corruption d'agents publics, il serait possible de prévoir une infraction qualifiée passible d'une peine de 5 ans en cas de gains importants (par exemple au-delà de CHF 10'000.-) résultant d'un acte de corruption privée.

En vous souhaitant bonne réception de la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

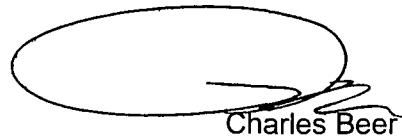
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

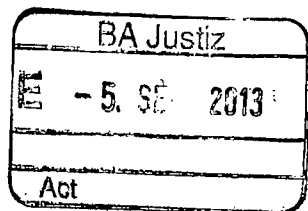


Anja Wyden Guelpa

Le président :



Charles Beer



Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Glarus, 3. September 2013  
Unsere Ref: 2013-104

### Vernehmlassung i. S. Revision des Korruptionsstrafrechts

Hochgeachtete Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir.

Die vorgesehenen Anpassungen der Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen und privaten Sektor werden von uns begrüsst. Aufgrund der sehr geringen Anzahl der Delikte dürfte der Kanton Glarus in diesem Bereich allerdings nur am Rande betroffen sein.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat

  
Marianne Dürst Benedetti  
Landesstatthalter

  
Hansjörg Dürst  
Ratsschreiber

E-Mail an: [olivier.gonin@bj.admin.ch](mailto:olivier.gonin@bj.admin.ch)

versandt am: 04. Sep. 2013



Sitzung vom

27. August 2013

Mitgeteilt den

27. August 2013

Protokoll Nr.

779

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 10  
3003 Bern

auch per Mail zustellen an: [olivier.gonin@bj.admin.ch](mailto:olivier.gonin@bj.admin.ch)

## Revision des Korruptionsstrafrechts

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 erhalten unter anderem auch die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähnter Revision zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir haben die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen geprüft und können Ihnen mitteilen, dass die Bündner Regierung zu den vorgeschlagenen Änderungen keine Einwände hat und deshalb auf eine Stellungnahme verzichtet.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme.



Namens der Regierung  
Der Präsident:

H. Trachsel

Der Kanzleidirektor:

Dr. C. Riesen



Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de Justice et Police  
Office fédéral de la Justice  
Domaine de direction Droit pénal  
Bundesrain 20  
3003 Berne

Delémont, le 20 août 2013

### **Procédure de consultation**

#### **Modification du Code pénal et du Code pénal militaire / Révision des dispositions incriminant la corruption**

Madame la Conseillère fédérale,  
Mesdames, Messieurs,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous transmet sa réponse relative à la procédure de consultation citée en marge.

De manière générale, nous saluons le constat du Conseil fédéral, basé sur des rapports internationaux, selon lequel la Suisse appartient aux pays les plus épargnés par la corruption.

Cela étant, il est approprié de chercher à améliorer encore les normes existantes afin de répondre aux quelques recommandations des institutions internationales ainsi qu'aux préoccupations formulées par le Parlement.

La solution proposée par le Conseil fédéral paraît adéquate dès lors qu'elle rend punissable d'office la corruption privée.

En effet, celle-ci peut, comme indiqué dans le rapport, porter atteinte à la santé et à la sécurité. De même, elle peut fausser d'importants enjeux commerciaux, liés aussi à des investissements publics, par exemple lors de l'attribution d'événements sportifs majeurs. Dans ce dernier cas, il en va également de la crédibilité au plan international de la Suisse, qui abrite de nombreuses fédérations sportives, de pouvoir sanctionner des cas de corruption privée.


Nous soutenons dès lors l'adoption d'une telle réglementation.

Notre seule interrogation porte sur la limite inférieure de la punissabilité. En effet, nous espérons que les nouvelles dispositions ne rendent pas illégales des activités usuelles dans le monde des affaires, telles que l'invitation de clients à un dîner ou à une manifestation publicitaire.

Nous prions de veiller à cet aspect et vous remercions de nous avoir associés à la présente procédure de consultation.

Veillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, Mesdames, Messieurs, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Michel Probst  
Président



  
Jean-Christophe Kübler  
Chancelier d'État

Copie par courriel à M. Olivier Gonin / OFJ (olivier.gonin@bj.admin.ch)



**Justiz- und Sicherheitsdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
Postfach 3768  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 59 17  
Telefax 041 228 67 27  
justiz@lu.ch  
www.lu.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Luzern, 03. September 2013

Protokoll-Nr.: 970

**Strafrecht: Revision des Korruptionsstrafrechts: Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat uns Gelegenheit gegeben, uns zur Revision des Korruptionsstrafrechts (Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes) vernehmen zu lassen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrats teilen wir Ihnen mit, dass wir dem vorgelegten Entwurf grundsätzlich zustimmen. Wir begrüssen es, dass die Privatbestechung aus rechtsstaatlichen Gründen nicht hinnehmbar und neu von Amtes wegen verfolgt werden soll. Es ist richtig, dass die Strafbestimmung sinnvollerweise vom Bundesgesetz über den unlauteren Wettbewerb vom 19. Dezember 1986 (SR 241) ins Strafgesetzbuch, beziehungsweise ins Militärstrafgesetz transferiert wird. Mit der systematischen Einordnung des Straftatbestandes der Bestechung Privater werden bisherige Unklarheiten, insbesondere im Bereich des Sportes beseitigt. Die Bestechung Privater im Bereich der Vergabe von Meisterschaften oder anderen Grossanlässen würde somit künftig unter den Straftatbestand der Privatbestechung fallen.

Zusammenfassend begrüssen wir die Schaffung der neuen gesetzlichen Bestimmungen, sowie die Statuierung des neuen Tatbestandes als Officialdelikt, wobei darauf hinzuweisen ist, dass diese Massnahmen nur wenig am heutigen Verfolgungsdefizit ändern können.

Wir machen Ihnen deshalb beliebt, das Thema Wistleblowing in das vorliegende Gesetzesvorhaben zu integrieren.

Freundliche Grüsse

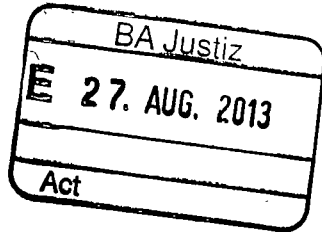
Yvonne Schärli-Gerig  
Regierungsrätin

Zustellung auch per E-Mail an: [olivier.gonin@bj.admin.ch](mailto:olivier.gonin@bj.admin.ch)



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL



Département fédéral de justice et police  
Office fédéral de la justice  
Domaine de direction Droit pénal  
3003 Berne

### Révision des dispositions pénales incriminant la corruption

N/Réf : CONSU.2013.017/DM/sga

(à rappeler dans toute correspondance)

Madame, Monsieur,

C'est avec intérêt que nous avons pris connaissance du projet de révision des dispositions pénales incriminant la corruption qui nous a été adressé par Mme la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga.

Nous saluons le souci de clarification dans ce domaine en supprimant le lien, certes théorique, entre la corruption privée et la concurrence déloyale, ainsi qu'en retirant la condition de la plainte préalable. Nous espérons également que ces changements législatifs permettront une meilleure application pratique de ces dispositions.

Le projet de révision emporte donc notre adhésion et nous n'avons pas de remarque particulière à vous adresser.

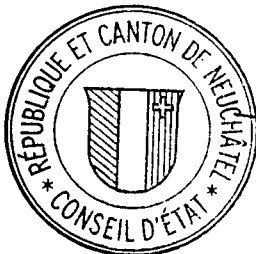
Nous vous remercions de nous avoir consultés et vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 21 août 2013

Au nom du Conseil d'Etat:

Le président,  
L. KURTH

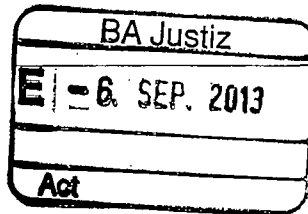
La chancelière,  
S. DESPLAND





KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN  
UND REGIERUNGSRAT



Dorfplatz 2, 6371 Stans, 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Postfach, STK

**A-Post**

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Stans, 03.09.2013

**Revision des Korruptionsstrafrechts**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Brief vom 15. Mai 2013 haben Sie uns zur Vernehmlassung zu einer geplanten Revision des Korruptionsstrafrechts eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Mitwirkung.

Die von Ihnen unterbreitete Vorlage – insbesondere die Ausweitung der Strafbarkeit auch auf die Privatbestechung – begrüssen wir. Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine Anmerkungen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Landammann

Yvonne von Deschwanden



Landschreiber

Hugo Murer





CH-6061 Sarnen, Postfach 1562, Staatskanzlei

**A-Post**

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement  
Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.1535  
Unser Zeichen: cb

**Sarnen, 26. August 2013**

**Vernehmlassung zur Revision Strafgesetzbuch und Militärstrafgesetz (Korruptionsstrafrecht)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung zur Revision des Korruptionsstrafrechts. Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:

Die vorgeschlagene Aufnahme der Bestechung Privater als Officialdelikt ins Strafgesetzbuch wird unterstützt. Nicht zuletzt die Korruptionsvorwürfe an die internationalen Sportverbände mit Sitz in der Schweiz (FIFA) machen eine Verschärfung notwendig. Wir begrüssen es, dass die Bestechung im privaten Sektor nicht mehr ausschliesslich auf Antrag, sondern neu von Amtes wegen verfolgt werden kann. Die neuen Bestimmungen unter Art. 322<sup>octies</sup> und Art. 322<sup>novies</sup> StGB erachten wir als sinnvoll, da damit ein unabhängiges Einschreiten des Staates gewährleistet wird und sich die Wirksamkeit der Strafbestimmungen erhöht.

Die Klärung des Geltungsbereichs der Strafbestimmungen zur Privatbestechung unter Art. 322<sup>octies</sup> und 322<sup>novies</sup> StGB erscheint uns angebracht. Eine Loslösung von der bisher notwendigen Wettbewerbsverzerrung im Sinne des UWG ist wichtig, um künftige Auslegungsschwierigkeiten vorzubeugen. Insbesondere die Frage der Strafbarkeit von Bestechungen in internationalen Sportverbänden kann so besser geklärt werden.

Schliesslich erachten wir auch die vorgeschlagene Revision der Bestechung von Amtsträgern als sinnvoll. Es ist richtig, die bestehenden Artikel 322<sup>quinquies</sup> und 322<sup>sexies</sup> StGB dahingehend auszudehnen, dass korruptes Verhalten auch dann strafbar ist, wenn nicht der Amtsträger selbst, sondern ein Dritter die Bestechung erhält. Unseres Erachtens entspricht diese Ausdehnung dem Grundzweck der Korruptionsgesetzgebung.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Ausführungen.

Freundliche Grüsse

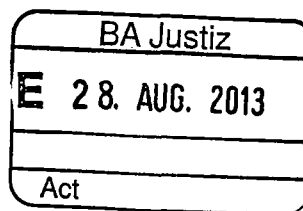
Im Namen des Regierungsrats



Paul Federer  
Landammann



Dr. Stefan Hossli  
Landschreiber



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 27. August 2013

**Revision des Korruptionsstrafrechts: Vernehmlassung**

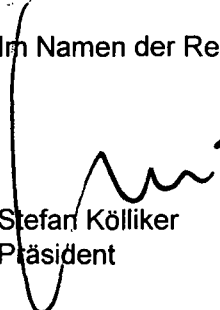
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sie haben uns den Vorentwurf zur Revision des Korruptionsstrafrechts (Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes) zur Stellungnahme unterbreitet.

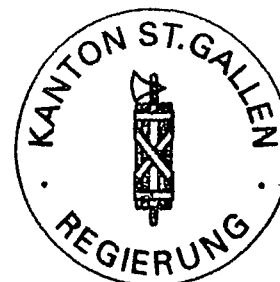
Mit der vorgeschlagenen Revision sind wir einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

  
Stefan Kölliker  
Präsident

  
Canistus Braun  
Staatssekretär



**Kopie an:**

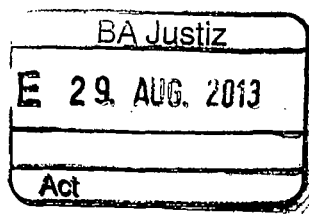
– Bundesamt für Justiz, Direktionsbereich Strafrecht, Bundesrain 20, 3003 Bern

**Zusätzlich per E-Mail an:**

– olivier.gonin@bj.admin.ch



Kanton Schaffhausen  
Regierungsrat  
Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11  
Fax +41 (0)52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Schaffhausen, 27. August 2013

### Revision des Korruptionsstrafrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 haben Sie uns in oben erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir die unterbreitete Vorlage begrüssen.



Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates  
Die Präsidentin:

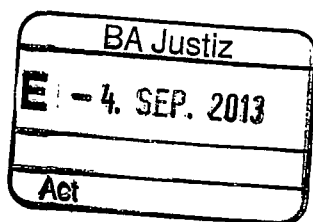
Rosmarie Widmer Gysel

Der Staatsschreiber:

Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch



KANTON **solothurn**

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

312.13.006

3. September 2013

### **Vernehmlassung zur Revision des Korruptionsstrafrechts (Änderung des Strafgesetzbuchs und des Militärstrafgesetzes)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 15. Mai 2013 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Die Vorlage bezweckt, die Rechtsgrundlagen zur Bekämpfung der Korruption auszubauen. Die Privatbestechung soll neu von Amtes wegen verfolgt und nach Strafgesetzbuch bestraft werden, wodurch die Verknüpfung zwischen der Bestechung Privater und dem Begriff des unlauteren Wettbewerbs aufgehoben wird. Damit die Bestechung Privater strafbar ist, ist es künftig nicht mehr nötig, dass sie den Markt verzerrt oder den Wettbewerb in unzulässiger Weise verfälscht. So sind künftig beispielsweise auch Bestechungshandlungen bei der Vergabe grosser Sportanlässe strafbar. Des Weiteren soll mit einer Präzisierung der Bestechung von Amtsträgern erreicht werden, dass korruptes Verhalten auch dann strafbar ist, wenn nicht der Amtsträger selbst, sondern ein Dritter, wie beispielsweise ein Sportverein, das Bestechungsgeld erhält. Wir begrüssen diese Änderungen und die mit der vorliegenden Revision verfolgten Ziele. Insbesondere im Hinblick auf die Stellung internationaler Sportverbände erscheint es sinnvoll, die Bestechung Privater als Officialdelikt auszugestalten und den entsprechenden Tatbestand neu ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Die Aufhebung der Voraussetzung des Strafantrags im Bereich der Privatbestechung könnte, wie unter Punkt 3 des Erläuternden Berichts richtig erkannt, zu einem Anstieg der Anzahl Strafverfahren und zu einem leichten Mehraufwand für die kantonalen Strafverfolgungsbehörden und somit auch für die Polizei führen. Die Aussage, dass die aktuellen Ressourcen zur Bewältigung dieses Mehraufwands genügen werden, erachten wir jedoch als verfrüht.

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass wir der Vorlage zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Esther Gassler', written in a cursive style.

Esther Gassler  
Frau Landammann

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Eng', written in a stylized, blocky cursive style.

Andreas Eng  
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

Schwyz, 13. August 2013 / bz

**Revision des Korruptionsstrafrechts (Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes)**  
Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. Mai 2013 hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) die Kantonsregierung eingeladen, zur Revision des Korruptionsstrafrechts Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz begrüsst die Revision durchwegs. Die Rechtslage wird damit eindeutiger und die Verfolgung von Korruptionsfällen im Privatbereich erleichtert.

Wir danken daher für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir auf eine Vernehmlassung verzichten.

Im Namen des Regierungsrates:

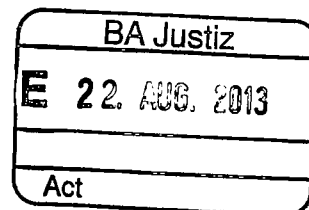
Walter Stählin, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Staatskanzlei, Schlossmühlestrasse 9, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches  
Justiz- und Polizeidepartement  
Frau Simonetta Sommaruga  
Bundesrätin  
3003 Bern

Frauenfeld, 20. August 2013



## Revision des Korruptionsstrafrechts

### Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns zum Vorentwurf für eine Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes im Zusammenhang mit dem Korruptionsstrafrecht äussern zu können und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Anpassungen einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatschreiber



numero  
4741

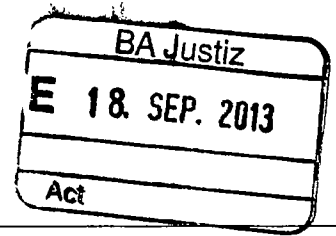
cl

5

Bellinzona

17 settembre 2013

Repubblica e Cantone  
Ticino



## Il Consiglio di Stato

Ufficio federale di giustizia  
Ambito direzionale  
Diritto penale  
Bundesrain 20  
3003 Berna

### Procedura di consultazione concernente la revisione del diritto penale sulla corruzione

Egregi signori,

abbiamo ricevuto la Vostra lettera in merito alla summenzionata procedura di consultazione, e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le osservazioni seguenti.

Il Governo cantonale dà la sua adesione all'avamprogetto di modifica, relativa alla corruzione, del Codice penale svizzero e del Codice penale militare. Infatti, le proposte messe in consultazione consistono essenzialmente nell'adeguamento, mirante ad ovviare ad alcune difficoltà applicative constatate a livello giurisprudenziale e in campo internazionale, di disposizioni penali già in vigore.

Al riguardo, l'aspetto principale della revisione è costituito dalla nuova collocazione legislativa e dalla nuova formulazione che vengono date al reato di "corruzione di privati". Questo delitto viene trasferito dalla Legge federale contro la concorrenza sleale, ove esso è ora disciplinato negli art. 4a e 23, ai nuovi art. 322 octies e 322 novies del Codice penale svizzero, che vertono rispettivamente sulla corruzione attiva e sulla corruzione passiva di privati. Le disposizioni relative alla corruzione di privati, nella loro nuova versione, prevedono, da un lato, che questo reato non è più punibile, come ora, solamente a querela di parte, ma è perseguito d'ufficio, e, dall'altro, non vincolano più tale fattispecie penale alla nozione di concorrenza sleale ai sensi della relativa legge federale.

In tal modo, la normativa proposta in materia di corruzione di privati recepisce sostanzialmente le giustificate osservazioni della dottrina e costituisce un miglioramento nella definizione, più chiara e più precisa, della casistica perseguibile, il che dovrebbe facilitare l'applicabilità delle nuove disposizioni (infatti, attualmente, la querela di parte, che rappresenta una condizione indispensabile per il perseguimento penale del reato di corruzione attiva e passiva di privati, non viene quasi mai presentata, ragione per cui l'importanza pratica della fattispecie è sostanzialmente nulla).

La trasformazione della corruzione di privati in reato punibile d'ufficio è giustificata dal fatto che un simile comportamento lede gravemente vari interessi pubblici e privati; inoltre, in particolare, ciò consente – il che è di rilievo per la Svizzera, che ospita numerose federazioni sportive

internazionali – di perseguire gli eventuali atti di corruzione per l'attribuzione di grandi manifestazioni sportive, quali i Giochi olimpici o i Campionati del mondo di calcio.

Un altro elemento significativo della riforma risiede nell'armonizzazione, opportuna e da noi condivisa, degli art. 322 quinquies CP e 322 sexies CP, relativi alla concessione di vantaggi e all'accettazione di vantaggi, con gli art. 322 ter e 322 quater CP, vertenti sulla corruzione attiva e sulla corruzione passiva, nel senso che anche in relazione agli art. 322 quinquies CP e 322 sexies CP, la fattispecie è adempiuta non solamente quando l'indebito vantaggio è concesso a un pubblico ufficiale, ma anche quando un simile beneficio va a favore di "terzi". Questa estensione della punibilità colma infatti una lacuna già evidenziata dalla giurisprudenza.

Per il resto, non abbiamo particolari osservazioni nei confronti del testo delle norme di legge proposte, le quali trovano la nostra approvazione.

Vogliate gradire, egregi signori, l'espressione della nostra stima.

**PER IL CONSIGLIO DI STATO**

Il Presidente:

  
P. Beltraminelli

Il Cancelliere:

G. Gianella

Copia p.c. a:

- Divisione della giustizia, Residenza;
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni, Residenza;
- Deputazione ticinese alle Camere federali, Residenza.



## Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern

### Revision des Korruptionsstrafrechts; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor  
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 15. Mai 2013 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Revision des Korruptionsstrafrechts Stellung zu nehmen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Wir begrüßen die Revision des Korruptionsstrafrechts, insbesondere im Bereich der Bestechung Privater. Im Übrigen verzichten wir auf eine einlässliche Stellungnahme.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 30. August 2013



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

  
Josef Dittli

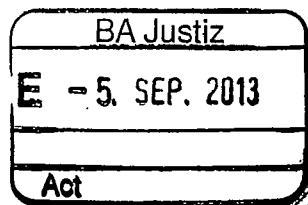
Der Kanzleidirektor

  
Roman Balli



CONSEIL D'ETAT

Château cantonal  
1014 Lausanne



Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

4. SEP. 2013

N<sup>o</sup>. \_\_\_\_\_

Madame la Conseillère fédérale  
Simonetta Sommaruga  
Cheffe du Département fédéral de justice  
et police  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

Réf. : MFP/15014388

Lausanne, le 28 août 2013

## **Consultation fédérale : Révision des dispositions pénales incriminant la corruption**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud a pris connaissance avec intérêt du projet de révision des dispositions pénales incriminant la corruption. Faisant suite à votre correspondance du 15 mai 2013, il a l'avantage de vous faire part de ses déterminations sur la consultation mentionnée sous rubrique.

### **1.- En général**

Il ressort clairement des documents remis que l'objectif principal de la révision est de lutter contre la corruption dans le cadre d'attribution d'organisation de manifestations sportives d'envergure internationale voire planétaire. Le Canton de Vaud ayant le privilège d'abriter le siège du Comité international olympique (CIO) ainsi que celui de nombreuses fédérations sportives internationales, il se trouve de fait particulièrement concerné par la révision des dispositions pénales soumises à consultation. Aussi, le Canton de Vaud ne peut-il que se réjouir que la Confédération s'attache à renforcer les mesures de lutte contre la corruption.

### **2.- En particulier**

Dans le cadre d'affaires de corruption privée impliquant des fédérations sportives internationales ayant leur siège en Suisse, l'instruction pénale peut avoir des ramifications intercantionales. On peut ainsi regretter que le projet de révision ne prévoit pas de collaboration entre les cantons ni ne précise les modalités d'une solution intercantonale.

Même s'il est admis que la révision n'entraînera pas de modification de la législation vaudoise, ni d'adaptation des structures de l'administration cantonale, il y a lieu d'admettre que l'introduction de la poursuite d'office des infractions de corruption privée provoquera vraisemblablement une charge de travail supplémentaire non négligeable pour les autorités de poursuite pénale. Concrètement, ces affaires, même si elles ne sont pas nombreuses, sont en général complexes et exigent une importante mobilisation de ressources en temps et en collaborateurs au cours de l'instruction.

Actuellement, il n'est pas possible d'évaluer l'impact financier que représentera l'introduction de la poursuite d'office des infractions de corruption privée. Il convient toutefois d'anticiper une inévitable augmentation de la charge de travail des autorités de poursuite et de jugement (police, ministère public, tribunaux). Cas échéant, un soutien de la Confédération semblerait opportun. Celui-ci pourrait prendre la forme d'octroi de ressources supplémentaires au Canton, à affecter directement à la lutte contre la corruption privée.

### 3.- Conclusions

Nonobstant les remarques qui précèdent, le Conseil d'Etat vaudois se prononce en faveur de la révision des dispositions pénales incriminant la corruption. Il voit dans ces nouvelles dispositions pénales un moyen efficace de lutter contre ce phénomène. De plus, outre le fait pour la Suisse de se mettre en conformité avec ses engagements internationaux, cette révision permettra aussi de préserver son image et sa réputation tout comme celles des cantons qui abritent des fédérations internationales sportives.

En vous remerciant de la bienveillante attention que vous porterez à ces déterminations, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments distingués.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LE PRESIDENT

LE CHANCELIER



Pierre-Yves Maillard



Vincent Grandjean

**Copie**

- OAE

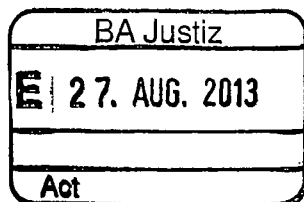


Conseil d'Etat  
Staatsrat

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS



2013.03254



Madame  
Simonetta Sommaruga  
Conseillère fédérale  
Cheffe du Département fédéral  
de justice et police  
Palais fédéral  
3003 Berne

Date

21 AOUT 2013

### Révision des dispositions pénales incriminant la corruption

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté à propos de la révision des dispositions pénales incriminant la corruption.

Le Gouvernement valaisan ne peut qu'approuver l'initiative tendant à renforcer la répression de la corruption dans ses diverses modalités.

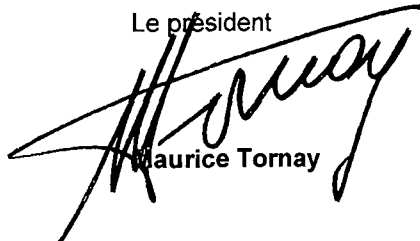
Actuellement réglementée dans la loi fédérale sur la concurrence déloyale (LCD), la corruption privée est sanctionnée dans la mesure seulement où cette infraction fausse le fonctionnement du marché. De plus, selon les articles 4a et 23 LCD, la corruption privée n'est poursuivie que sur plainte. A l'usage, cette législation a montré ses faiblesses puisque aucune condamnation pour corruption privée n'a été prononcée à ce jour. Le projet de révision corrige ces défauts en faisant de la corruption privée une infraction autonome du code pénal poursuivie d'office.

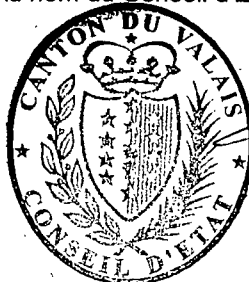
Doit également être soutenue l'extension du champ d'application de la répression de la corruption d'un agent public de manière à sanctionner non seulement l'acceptation d'un avantage indu par l'agent public lui-même mais encore par un tiers dans le but d'influencer l'agent public.

Nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

  
Maurice Tornay

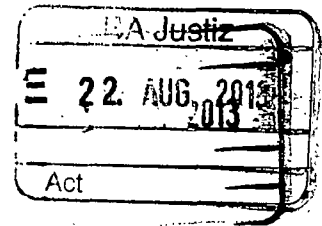


Le chancelier

  
Philipp Spörri

Regierungsrät, Postfach 156, 6301 Zug

Bundesamt für Justiz  
Direktionsbereich Strafrecht  
Bundesrain 20  
3003 Bern



Zug, 13. August 2013 ek

## **Vernehmlassung zur Revision des Korruptionsstrafrechts**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Mai 2013 hat uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ersucht, bis zum 5. September 2013 Stellung zu nehmen. Gestützt auf ein internes Mitberichtsverfahren nehmen wir diese Gelegenheit zur Stellungnahme gerne wahr.

### **1. Allgemeine Bemerkungen**

Mit der Revision des StGB wird die Bestechung im privaten Sektor vom Begriff des unlauteren Wettbewerbs gemäss UWG losgelöst und neu von Amtes wegen verfolgt. Die Strafbarkeit der Bestechung Privater erfordert damit künftig weder eine wettbewerbsverzerrende Wirkung der Bestechung noch die Stellung eines Strafantrages. Auch wird die Bestechung von Amtsträgern dahingehend präzisiert, dass korruptes Verhalten in jedem Fall auch dann strafbar ist, wenn nicht der Amtsträger selbst, sondern ein Dritter das Bestechungsgeld erhält, wodurch jede mögliche Einflussnahme auf deren Amtshandlungen unterbunden wird. Diese Verschärfung gegenüber der geltenden Praxis, welche in den vergangenen Jahren kaum je zu Strafverfahren führte, bzw. solche aufgrund des unklaren Geltungsbereichs der Korruptionsstrafnormen im privaten Sektor und der praktisch unmöglich zu belegenden oder fehlenden Wettbewerbsverzerrung einer Bestechungshandlung verhinderte, wird von uns grundsätzlich begrüsst. Jegliche Korruption ist unbestrittenermassen schädlich für die Wirtschaft sowie die damit verbundenen nationalen und internationalen Interessen der Schweiz und macht ein wirksames Greifen der entsprechenden Instrumente des Strafrechts umso wichtiger.

Zu beachten ist allerdings, dass das Grundproblem des geltenden Korruptionsstrafrechts - das Fehlen von Geschädigten, die Anzeige erstatten und dadurch eine Strafverfolgung überhaupt erst ermöglichen - mit der neuen Normierung der Privatbestechung als Officialdelikt nicht gänzlich gelöst wird. Die in ihren rechtlichen Interessen verletzten Arbeit- bzw. Auftraggeber in beteiligten Unternehmen wie auch Vorsitzende in grossen Sportverbänden möchten in der Regel

nach wie vor keine Einmischung des Staates bei der Regelung dieses Problems. Eine Steigerung der Wirksamkeit und der Effizienz in der Strafverfolgung verbunden mit einer Zunahme der eingeleiteten Strafverfahren erscheint daher unter diesem Aspekt zumindest fraglich. Möglicherweise nehmen aber die Hinweise von Dritten zu.

## 2. Antrag

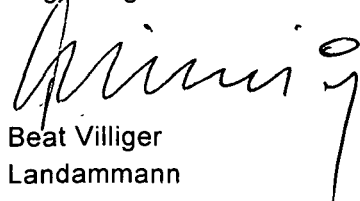
In den Erläuterungen zu Art. 322<sup>decies</sup> StGB sei der Begriff der "geringfügigen, sozial üblichen Vorteile" näher zu umschreiben.


### **Begründung:**

Eine unzulässige Bestechung liegt neu dann vor, wenn einer bestimmten Person oder einer Drittperson ein nicht gebührender Vorteil angeboten, versprochen oder gewährt wird. Gemäss neuem Art. 322<sup>decies</sup> Abs. 1 Bst. b StGB stellen geringfügige, sozial übliche Vorteile keine strafrechtlich relevanten Vorteile dar. In den Erläuterungen zu den Gesetzesrevisionen sind jedoch keine Ausführungen dazu enthalten, welche Vorteile etwa als geringfügig und sozial üblich zu taxieren sind. Es handelt sich hier um einen für die Praxis wichtigen, unbestimmten und von den Behörden auszulegenden Rechtsbegriff. In den Materialien sollten daher aus Gründen der Rechtssicherheit und Transparenz nähere Angaben über die Tragweite von Art. 322<sup>decies</sup> Abs. 1 Bst. b StGB vorgenommen werden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

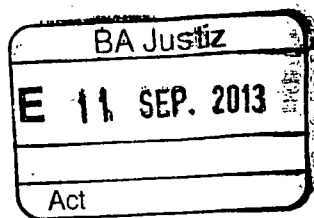
Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug

  
Beat Villiger  
Landammann

  
Tobias Moser  
Landschreiber

Kopie an:

- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug
- Finanzdirektion
- Sicherheitsdirektion
- Obergericht
- Zuger Polizei



## DER REGIERUNGSRAT DES KANTONS ZÜRICH

an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement,  
Bundesrain 20, 3003 Bern

Zürich, 3. September 2013

### **Revision des Korruptionsstrafrechts (Vernehmlassung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken für die Einladung zur Vernehmlassung und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Neuerungen im Korruptionsstrafrecht und erlauben uns ergänzend folgenden Hinweis:

Mit der Ausgestaltung der Privatbestechung als Officialdelikt erfüllt die Vorlage eine Forderung der Europaratskommission GRECO. Die Privatbestechung hat in der Rechtsprechung bisher keine Rolle gespielt. Ob sich die Erwartung auf eine verstärkte Anwendung durch die Aufgabe des Antragserfordernisses erfüllt, wird sich zeigen.

Durch die Aufhebung der Verknüpfung zwischen Privatbestechung und unlauterem Wettbewerb sollen vor allem Strafbarkeitslücken des Anwendungsbereichs der Privatbestechung auf Angehörige bzw. Funktionärinnen und Funktionäre von NGOs behoben werden, was grundsätzlich zu begrüssen ist. Da in der Schweiz mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC), der Fédération Internationale de Football Association (FIFA), der Fédération Internationale de Ski (FIS) usw. bedeutende internationale Sportverbände angesiedelt sind, die regelmässig weltweit beachtete, grosse Sportanlässe zu vergeben haben, können mit der Neugestaltung der Privatbestechung bisher bestehende Auslegungsschwierigkeiten im Korruptionsstrafrecht behoben werden.

Auch wenn die Bestimmungen befürwortet werden, ist auf die Probleme der Durchsetzbarkeit hinzuweisen. Insbesondere wenn die Bestechungshandlungen im In- und Ausland begangen wurden, sind die Verfahren mit erheblichen verfahrensrechtlichen Schwierigkeiten verbunden. Weiter ist davon auszugehen, dass Verfahren wegen Privatbestechung heikle und ressourcenintensive Verfahren sein werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.



Im Namen des Regierungsrates  
Der Präsident:

Der Staatsschreiber:

RRB Nr. 974/2013